






Elisabeth Scharfenberg

Mitglied des Deutschen Bundestages,
Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Mitglied des Ausschusses für Gesundheit




Elisabeth Scharfenberg MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

 (030) 227 – 74531
 (030) 227 – 76655
 elisabeth.scharfenberg@bundestag.de

Wahlkreis

Kreuzstr. 6
95111 Rehau
 (09283) 898194 - 0
 (09283) 898194 - 1
 elisabeth.scharfenberg@wk.bundestag.de

Berlin, 18. Januar 2016

Reform der Pflegeausbildung

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit vielen Jahren wird über die Ausbildungsreform der Pflegeberufe diskutiert.

Dabei gab es von Anfang an verschiedene Vorstellungen über die Zusammenführung der Kinderkranken-, Alten- und Krankenpflege. So gibt es die Befürworter der Generalisierung, die alle drei Berufe zu einem zusammenlegen möchten. Andere wiederum sehen in der integrierten Pflegeausbildung – gemeinsame Grundausbildung von (1,5-2 Jahren) und anschließender Spezialisierung mit entsprechendem Abschluss – den richtigen Weg. Und Dritte halten den enormen Kosten- und Reformaufwand für verfehlt und würden lieber direkt in die Gewinnung von Fachkräften investieren und die Durchlässigkeit erhöhen indem mehr Altenpflegekräfte auch in Krankenhäusern und Krankenpflegekräfte in Pflegeheimen eingesetzt werden.

Allen Vorstellungen gemein ist, dass es der gemeinsamen Anstrengung bedarf, damit der Pflegeberuf an Attraktivität gewinnt und somit der Fachkräftemangel in der Pflege abgebaut wird.

Der nun vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Pflegeberufe stellt den von der Bundesregierung vorgesehenen Weg zu einer veränderten Pflegeausbildung vor. Nach eingehender Befassung, gibt es Kritik von vielen Seiten. Egal welchem Weg der Ausbildungsreform man den Vorzug gibt – der vorliegende Referentenentwurf wird niemanden zufriedenstellen. So fehlen Ausbildungs- und Lehrinhalte, die darüber entscheiden werden, ob der Pflegeausbildung die Quadratur des Kreises gelingt. Eine Vorlage zur Beurteilung der konkreten Reforminhalte existiert derzeit noch nicht.

Auch über die Mehrkosten der Ausbildungsreform ist nichts Genaues bekannt:



Dem Referentenentwurf liegt eine veraltete Berechnung – nämlich das Forschungsgutachten des wissenschaftlichen Instituts der Ärzte Deutschlands in Zusammenarbeit mit der Prognos AG aus dem Jahr 2013 – zugrunde. Und so mehren sich auch die kritischen Stimmen, selbst in der Union, ob der eingeschlagene Weg der richtige ist oder ob damit nicht das Personalproblem verschärft wird und eine Senkung des Ausbildungsniveaus die Folge wäre.

Die aktuelle Diskussion um den Referentenentwurf verläuft leider nicht mehr rational, Einwände werden teilweise gar nicht mehr zugelassen. Das haben schon die beiden Anhörungen der Länder und der Verbände Ende letzten Jahres gezeigt. Es hat sich eine Art von Streit entwickelt, der eine argumentative und sachliche Auseinandersetzung nicht mehr möglich macht.

Wir wollen mit dem Moratorium wieder Sachlichkeit in die Diskussion bringen und alle Seiten dazu auffordern, sich ohne Zeitdruck der Auseinandersetzung mit den Argumenten und der Risikoabschätzung des Gesetzesentwurfs zu widmen. Dazu werden mehr Informationen über die Folgen der Pflegeausbildungsreform benötigt, damit eine auf aktuellen Daten basierende Risikofolgenabschätzung vorgenommen wird und dass Ausbildungsinhalte sowie die Finanzierung der Reform klar benannt werden.

Bevor nicht all diese Fragen geklärt sind, sollte das Gesetzgebungsverfahren ausgesetzt werden. Der Pflegeberuf ist in unserer Gesellschaft wertvoll und darf nicht als Experimentierfeld erhalten.

Deshalb laden wir partei- und interessensübergreifend dazu ein, sich unserem Moratorium anzuschließen. Uns geht es um die Sache. Sollten Sie sich mit unserem Anliegen identifizieren können, dann unterzeichnen Sie das Moratorium und senden uns Ihre Zusage bis zum 05.02.2016 an elisabeth.scharfenberg@bundestag.de.

Am 10.02.2016 werden wir mit Ihrer Unterstützung das Moratorium der Öffentlichkeit vorstellen und den zuständigen Ministerien überstellen. Nähere Informationen dazu folgen.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Scharfenberg